

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik in Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1951) : Die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik in Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 1, pp. 48-50

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131245>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik in Frankreich

Alfred Frisch, Paris

Der Einfluß der französischen Arbeitergewerkschaften auf die allgemeine Wirtschaftspolitik des Landes war in den letzten 20 Jahren ungewöhnlich starken Schwankungen unterworfen. Die allgemeine Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit erreichte Frankreich mit etwas Verspätung. In den Jahren 1933 bis 1935 sank bei zunehmender Arbeitslosigkeit der gewerkschaftliche Einfluß auf einen Tiefstand herab. 1936 trat hierin jedoch plötzlich ein von der Gewerkschaftsbewegung selbst kaum erhoffter Wandel ein. Im Zusammenhang mit der Bildung der ersten Volksfrontregierung unter Leitung des Sozialisten Léon Blum rückten die Gewerkschaften in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen und politischen Lebens des Landes. Ihre Mitgliederzahlen schwollen in wenigen Wochen geradezu inflationistisch an. Es besteht kein Zweifel, daß ohne den Druck der Gewerkschaften, deren auseinanderstrebende Richtungen sich nach langen Jahren zum ersten Male wieder, unter Ausschluß der damals unbedeutenden katholisch-christlichen Verbände, in einer Einheitsgewerkschaft unter sozialistischer Führung zusammenfanden, die 1936 bis 1937 durchgeführten sozialen und wirtschaftlichen Reformen (40-Stundenwoche, allgemeine Sozialversicherung, bezahlter Urlaub usw.) nicht denkbar gewesen wären. Bereits 1938 befanden sich jedoch die französischen Arbeitnehmerverbände erneut auf absteigender Linie. In den Kriegs- und Besatzungsjahren, d. h. unter dem Regime von Vichy, war ihnen nur ein Schattendasein gestattet. Dieser Untätigkeit folgte dann ab 1944 ein neuer „machtvoller Höhepunkt“. Fast sämtliche Arbeitnehmer, neben den Handarbeitern auch Angestellte, Beamte, Techniker, Intellektuelle, schlossen sich der kommunistisch-sozialistischen Einheitsgewerkschaft oder der ebenfalls von der neuen Konjunktur profitierenden Christlichen Gewerkschaft (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens, CFTC.) an. Der Mitgliedsstand überstieg 8 Mill., d. i. eine Zahl, die in Frankreich in der Vergangenheit nie erreicht worden war. In dem in der neuen Verfassung der Vierten Republik vorgesehenen Wirtschaftsrat räumte man selbstverständlich den Arbeitnehmergewerkschaften einen sehr großen Raum ein, bei offensichtlicher Benachteiligung der Arbeitgeber und des Handels. Soziale Sicherheit in weitgestecktem Rahmen und Verstaatlichung der Schlüsselindustrien waren die wichtigsten Gewerkschaftsziele, die auch restlos durchgesetzt werden konnten. Von August 1944 bis Anfang 1947 übten die Gewerkschaften in Frankreich zweifellos einen entscheidenden wirtschaftspolitischen Einfluß aus.

POLITISIERUNG UND SPALTUNG

Ab 1947 verlor die Gewerkschaftsbewegung ständig und ununterbrochen an Einfluß, genau in demselben Rhythmus, in dem es den Kommunisten gelang, sie zu

politisieren. Der Versuch, die Einheitsgewerkschaft zu einem ausschließlichen Instrument der kommunistischen Machtpolitik zu machen, führte Ende 1947 zur Spaltung der Confédération Générale du Travail (CGT.) und zur Bildung des antikommunistischen Verbandes CGT.-Force Ouvrière. Im Anschluß daran, und nicht zuletzt als Folge der gescheiterten, weitgehend politischen Massenstreiks in den Jahren 1947 und 1948 wandten sich die Arbeiter immer mehr von den gewerkschaftlichen Organisationen ab. Außerdem gelang es der CGT.-Force Ouvrière nicht, alle nichtkommunistischen Kräfte hinter ihre Fahne zu bringen. Neben den drei größeren Verbänden CGT., CFTC. und Force Ouvrière gibt es zur Zeit noch eine ganze Anzahl weiterer Gewerkschaftsgruppen, die im lokalen Rahmen mitunter eine erhebliche Rolle spielen. Zu nennen sind die Confédération Générale des Cadres (CGC.), in der Techniker, höhere Angestellte, Ingenieure usw. zusammengeschlossen sind; dann die Spitzenvereinigung der sogenannten autonomen Gewerkschaften, die die Mehrheit der organisierten Lehrer, Buchdrucker und Journalisten erfassen, die anarchistische Confédération Nationale du Travail (CNT.) sowie die erst vor einem Jahr ins Leben gerufene Confédération du Travail Indépendante (CTI.), deren gewerkschaftlich-politische Tendenz noch nicht klar zu erkennen ist. Diese Vielzahl von meistens ohne gegenseitige Fühlungnahme arbeitenden Gewerkschaftsverbänden dürfte nach zuverlässigen Schätzungen (glaubwürdige Zahlen werden nicht veröffentlicht) kaum mehr als 3 Mill. Arbeitnehmer als Mitglieder zählen. Das ist weniger als ein Drittel der französischen Arbeitnehmerschaft (einschließlich der Beamten und Angestellten und ausschließlich der Landarbeiter).

Organisatorische Spaltung und chronischer Mitgliederschwund haben begreiflicherweise die französische Gewerkschaftsbewegung weitgehend ihrer Stoßkraft beraubt. Ihre Machtlosigkeit ist um so größer, als der wichtigste Verband, die kommunistische CGT., die fast zwei Drittel des Gesamtmitgliedsbestandes auf sich vereinigt und innerhalb der Arbeiterschaft unbestreitbar über das größte Prestige verfügt, sich in immer stärkerem Maße von vorwiegend politischen, außergewerkschaftlichen Erwägungen leiten läßt und damit den eigentlichen Gewerkschaftskampf in ein ihm wenig zuträgliches und dienliches Fahrwasser bringt. Wenn trotzdem bei der Ausarbeitung der französischen Wirtschaftspolitik die Stimme der Gewerkschaften noch ziemlich stark Gehör findet, so nur deswegen, weil man in irgendeiner Form an die Interessen und Wünsche der Arbeitnehmerschaft als Masse, sei sie nun organisiert oder nicht, denken muß. Dieser Zustand ist natürlich nicht geeignet, die soziale Stabilität des Landes zu stärken oder ein klares Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und sonstigen

Wirtschaftsgruppen zu schaffen. Das Ganze ähnelt viel mehr einem Pokerspiel mit zahlreichen gegenseitigen Bluffs und Einschüchterungsmanövern als einem verantwortungsvollen politischen Ringen um den wirtschaftlichen Weg der Nation. Diese Einschränkungen müssen bei der Abwägung und Beurteilung der folgenden Ausführungen über den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik jeweils berücksichtigt werden.

ENGSTIRNIGE INTERESSENPOLITIK

Im Mittelpunkt steht eine äußerst engstirnige Interessenverteidigung kleinlichster Art. Die Klassenkampfidee wird weitgehend fallengelassen. Über der Klasse steht der direkt fühlbare und sich unmittelbar auswirkende Inhalt der Lohntüte. Auf sämtlichen Stufen, d. h. vom Kleinbetrieb bis in den Wirtschaftsrat, gehören Koalitionen zwischen rückschrittlichen Unternehmern und Gewerkschaften nicht mehr zu den Ausnahmeerscheinungen. Eine eigentliche Gewerkschaftspolitik ist in beschränktem Umfang lediglich noch in Großbetrieben, und besonders in verstaatlichten Unternehmen, festzustellen. Bezeichnenderweise sind in 80 % der Klein- und Mittelbetriebe nicht einmal mehr Kandidaten für die Betriebsratswahlen aufzutreiben. Selbst in Großbetrieben spielt die demagogische Rivalität der einzelnen Gewerkschaftsverbände eine wesentlich größere Rolle als die wirtschaftspolitische Zielsetzung. Es fehlt heute auch die innerhalb der Arbeiterschaft in der Vergangenheit ziemlich weitverbreitete nationale Standessolidarität. Jede Gruppe denkt fast ausschließlich an ihr eigenes Wohlergehen, und nicht selten bedarf es eines politischen Eingriffes, um dem der Gemeinschaft schädlichen Sonderegoismus gewisse Grenzen zu setzen. Es ist so den einzelnen Berufsgruppen völlig gleichgültig, ob die von ihnen geforderte Lohnerhöhung zu einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltungskosten der gesamten Arbeiterschaft führt. In diesem Klima erschöpft sich die Gewerkschaftspolitik so gut wie völlig in dem ständigen Ringen um Lohnvorteile irgendwelcher Art, ob es sich nun um ausgesprochene Tariferhöhungen handelt oder nur um die Verbesserung des Essens in einer Fabrikkantine bei gleichbleibendem Preis. Entgegen der in Frankreich sonst üblichen Zentralisierung werden diese täglichen Kleinkämpfe vorwiegend im lokalen Rahmen durchgeführt. Die egoistische Dezentralisierung geht so weit, daß sich innerhalb eines Großbetriebes die Arbeiter einer einzelnen Werkstatt nicht scheuen, in Streik zu treten, selbst wenn dadurch die überwiegende Mehrheit ihrer Kollegen brotlos wird.

Bei dieser Grundeinstellung können die französischen Gewerkschaften nichts anderes sein als eine empfindliche und stark hinderliche, wirtschaftliche Bremskraft. Soweit die Begriffe revolutionär und reaktionär noch einen Sinn haben, muß man sie, unabhängig von ihren noch nicht ausgestorbenen revolutionären Redensarten, als die reaktionärste Kraft des Landes bezeichnen. Von wenigen weitsichtigen, aber deswegen noch lange nicht einflußreichen Gewerkschaftsführern abgesehen, stehen sie jedem Fortschritt

ablehnend gegenüber, fliehen sie jedes Risiko und verteidigen sie mit einer geradezu erschreckenden Starrheit den status quo.

GEGEN DIE PRODUKTIVITÄT

Etwas spät entdeckte man in Frankreich den Begriff der Produktivität und die damit zusammenhängende Notwendigkeit einer rationelleren Organisation der Unternehmen. Dieser Fragenkomplex steht heute im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussionen. Im Oktober fand im Wirtschaftsministerium innerhalb eines neugegründeten Produktivitätsausschusses eine erste Fachbesprechung unter Beteiligung von Vertretern des Unternehmensverbandes und der wichtigsten Gewerkschaften statt. Allein der Sprecher der Christlichen Gewerkschaften nahm der Forderung nach erhöhter Produktivität gegenüber trotz gewisser Vorbehalte wenigstens eine einigermaßen positive Haltung ein. Der Vertreter der kommunistischen CGT. verurteilte aus rein politischen Gründen sämtliche Versuche zur Verbesserung der Durchschnittsleistung. Der Vertreter der Gewerkschaft CGT.-Force Ouvrière, der in diesem Falle wohl die durchschnittliche Meinung des Arbeitnehmers zum Ausdruck brachte, erklärte ganz einfach, der Begriff der Produktivität würde in der Arbeiterschaft auf größtes Mißtrauen stoßen, weil es sich dabei sehr leicht um nichts anderes handeln könnte als um eine neue Quelle der Arbeitslosigkeit. Diese risikofeindliche Grundeinstellung ist um so erstaunlicher, als es in Frankreich praktisch keine Arbeitslosigkeit gibt und auch die Kurzarbeit infolge der internationalen Rüstungskonjunktur bis auf weiteres als beseitigt gelten kann. Es geht aber den Gewerkschaften nicht nur um die Sicherung der allgemein als berechtigt anerkannten Vollbeschäftigung, sondern gleichzeitig um die Verteidigung des jeweils besetzten Arbeitsplatzes, d. h. um die möglichst weitgehende Ausschaltung des Stellungswechsels und gleichzeitig um die Verhinderung etwaiger lokaler Strukturveränderungen. Bevor ein erschöpfter Kohlen-schacht der verstaatlichten Gruben stillgelegt werden kann, muß ein erbitterter Kampf bis ins Parlament hinein ausgefochten werden. Das Gleiche gilt für die unrentablen Eisenbahnlinien, die nicht nur von den betreffenden Eisenbahnern verteidigt werden, sondern von allen lokalen Behörden und den zuständigen Abgeordneten aller Parteien.

Neuerdings finden auch Protest- und Solidaritätsstreiks gegen die Außerdienststellung veralteter Industrieanlagen, die an anderen Orten durch Neubauten ersetzt werden, statt. Der Kampf gegen moderne Maschinen hat sich seit der Zeit, als die Lyoner Handweber die ersten mechanischen Webstühle Jacquards wutentbrannt zerschlugen, nicht geändert.

GEGEN EINE EINWANDERUNGSPOLITIK

Eine langfristige französische Einwanderungspolitik wurde ebenfalls durch den gewerkschaftlichen Widerstand verhindert. Frankreich leidet nach Ansicht aller zuständigen Bevölkerungswissenschaftler unter einer bedenklichen Unterbevölkerung, die den erforderlichen Unterhalt seines Wirtschaftsapparates zu einer zunehmenden Belastung der aktiven Bevölkerung wer-

den läßt. Während das Land zur Zeit etwa 42 Mill. Einwohner zählt, liegt das normale Bevölkerungsoptimum zumindest bei 60 Mill., und nach weniger vorsichtigen Schätzungen sogar bei 75 Mill. Dazu kommt eine zumindest bis 1965 andauernde, ungünstige Verschiebung des Verhältnisses der Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen, infolge der starken Geburtenüberschüsse seit 1945 und der ständigen Verlagerung des Durchschnittsalters. Die einzige Lösung besteht in der Masseneinwanderung arbeitsfähiger Ausländer im Alter von 20 bis 40 Jahren, unabhängig von den vorübergehenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt. Ohne den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte kann Frankreich sein Wirtschaftsgleichgewicht nicht erhalten und läuft außerdem Gefahr, infolge mangelnder Expansion und Dynamik eine strukturelle und chronische Arbeitslosigkeit zu erleben. Nach Schätzungen des Direktors des französischen Bevölkerungsinstitutes, Alfred Sauvy, der übrigens sozialpolitisch den Gewerkschaften sehr nahesteht, müßte Frankreich in den nächsten 15 Jahren jährlich mindestens 1 Mill. ausländischer Arbeitskräfte aufnehmen. Allein um ein verhältnismäßig bescheidenes Wohnungsbauprogramm von 20 000 Wohnungen monatlich durchzuführen, wäre es erforderlich, die Belegschaft der Bauindustrie zu verdoppeln, d. h. 400 000 bis 600 000 zusätzliche Arbeiter einzustellen. Dieses Einwanderungsprogramm, dessen sachliche Berechtigung von niemandem ernstlich bestritten wird, blieb aber bisher fast restlos auf dem Papier. Lediglich in den ersten Nachkriegsjahren, in denen erheblicher Arbeitermangel herrschte, ließen sich die Gewerkschaften dazu bewegen, ihre Bedenken gegen die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften zurückzustellen. Seit 1947 ist überhaupt nicht mehr daran zu denken, von dem Einwanderungsplan Sauvys in gewerkschaftlichen Kreisen ernstlich zu sprechen, da er sofort das recht imaginäre Gespenst der Arbeitslosigkeit mobilisiert und damit jede weitere Diskussion ausschließt.

ZOLLPOLITISCHER PROTEKTIONISMUS

Nicht weniger rückschrittlich und protektionistisch ist die Haltung der Gewerkschaften in der Zollfrage. Bezeichnenderweise ist der erste Entwurf des Zollunionsvertrages zwischen Frankreich und Italien im französischen Wirtschaftsrat an dem vereinten Widerstand der Gewerkschafts- und Unternehmervertreter gescheitert, weil die einen die Konkurrenz der italienischen Arbeiter und die anderen diejenige ihrer Industriekollegen befürchteten. Wenn Frankreich auf der Zollkonferenz in Torquay versucht, einen Teil der in Genf und Annecy gemachten Zolltarifzugeständnisse zu widerrufen, so sind hierfür nicht nur die Unternehmer verantwortlich, sondern nicht zuletzt die in den zuständigen Ausschüssen der französischen Ministerien vertretenen nichtkommunistischen Gewerkschaftler. Als sich zur Bekämpfung spekulativer Preissteigerungen die französische Regierung nach Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea dazu entschloß, vorübergehend für verschiedene Verbrauchs-

güter, darunter Baumwollwaren, die Einfuhrzölle außer Kraft zu setzen, veröffentlichte die der Force Ouvrière angeschlossene Textilarbeitergewerkschaft einen heftigen Protest mit dem Hinweis, diese Zollpolitik würde die mit einer ersten Lohnerhöhung von den Unternehmern begonnene „kühne soziale Politik“ im nordfranzösischen Textilindustriezentrum gefährden. Die Gewerkschaften beurteilen demnach jede Maßnahme von dem Gesichtspunkt der unmittelbaren, materiellen Interessen der davon irgendwie betroffenen Arbeitnehmer und sind bereit, dieser ausgesprochenen Kirchturmspolitik das Gemeinwohl in jedem Augenblick zu opfern.

MISSTRAUEN GEGENÜBER DER EUROPAPOLITIK

Nicht weniger mißtrauisch stehen sie allen europäischen Einigungsbestrebungen gegenüber. Es bedurfte größter Anstrengungen, um wenigstens die Spitzenfunktionäre der nichtkommunistischen Gewerkschaftsverbände für den Schumanplan zu gewinnen, während auch jetzt noch auf lokaler Ebene wiederholt die nichtkommunistischen Gewerkschaftsorganisationen die politischen Proteste der CGT gegen den Schumanplan unterstützen. Die Zustimmung der Gewerkschaftsleitungen läßt übrigens keineswegs auf einen wirtschaftspolitischen Stimmungswechsel schließen, sondern ist weitgehend eine Folge der Anerkennung der politischen Notwendigkeit des Schumanplanes und wahrscheinlich auch nicht zuletzt der dringenden Empfehlungen seitens der in Frankreich keineswegs einflusslosen amerikanischen Gewerkschaftsorganisation. Es besteht kein Zweifel, daß in Zukunft sämtliche europäischen Projekte auf stärkstes gewerkschaftliches Mißtrauen stoßen werden. In all diesen Fällen besteht eine kurzfristige, interessenbedingte Koalition zwischen den Arbeitnehmerverbänden und dem rückschrittlichen Teil der Unternehmerschaft.

Am besten wurde unlängst das gewerkschaftliche Ziel der antidynamischen Sicherheit ohne Risiko in dem Organ der Christlichen Gewerkschaft „Syndicalisme“ auf folgende Weise dargelegt:

„Im gleichen Maße, wie wir den Monopolen feindlich gegenüberstehen, verurteilen wir die uneingeschränkte Konkurrenz, die sich gegen die Arbeiter wenden kann, zumal wenn Industrielle und Kaufleute, wie man es in Krisenzeiten erlebt hat, zunächst die Löhne herabsetzen, bevor sie an die Verringerung ihrer Profite oder an eine bessere Organisation denken.“

Diese Ablehnung der angeblich maßlosen freien Konkurrenz bedeutet die Verteidigung der in Frankreich augenblicklich weitverbreiteten Kartellisierung, vom Stahl bis zum Gemüsehändler, und damit auch der verhältnismäßig hohen Preise. Wenn bisher eine Gesundung des Handels und eine Verringerung der übermäßigen Verdienstsparren in Frankreich nicht möglich war, so nur deshalb, weil die Gewerkschaften in dem gegebenen Preisniveau eine der wichtigsten Garantien für die den Arbeitnehmern gezahlten Löhne sehen.